

Betreff:

Sensibilität, Zivilcourage und Solidarität: "Aktion Noteingang"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.11.2020

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	19.11.2020	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	08.12.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.12.2020	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die „Aktion Noteingang“ in Braunschweig wieder gestartet wird. Dafür setzt sich die Stadtverwaltung mit potentiellen Kooperationspartnern aus Zivilgesellschaft und städtischen Gesellschaften in Verbindung, um das Projekt möglichst breit anzulegen.

Außerdem bitten wir Maßnahmen zu ergreifen, um die Aktion in der Stadtgesellschaft bekannt zu machen.

Die Verwaltung prüft, ob die „Aktion Noteingang“ mit Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gefördert werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, bitten wir, die zur Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel im Haushalt der Stadt bereit zu stellen.

Die Noteingänge werden im digitalen Stadtplan aufgeführt.

Sachverhalt:

Im alltäglichen Leben finden auch Bedrohungs- oder Gewaltsituationen mitten auf der Straße statt. Wohin sich wenden in einer solch akuten Lage?

Die „Aktion Noteingang“ dient dazu, Schutzräume zu bieten für Betroffene von gewalttätigen, antisemitischen, rassistischen und/oder diskriminierenden Angriffen. Die beteiligten Einrichtungen wie Cafes, Kneipen, Kirchen, Läden, Privathäuser, Bildungseinrichtungen und andere signalisieren mit einem Aufkleber, dass Angegriffene in dieser akuten Situationen hier Schutz und Hilfe finden.

Im zweiten Schritt soll diese Aktion helfen Sensibilität, Zivilcourage und Solidarität zu entwickeln, eine offene Haltung gegenüber Schutzbedürftigen einzunehmen und diese auch öffentlich zu zeigen. Die Aktionsteilnehmer machen damit deutlich, dass sich die Stadtgesellschaft gegenseitig unterstützt im Kampf für ein respektvolles Miteinander in einer vielfältigen Stadt!

Die „Aktion Noteingang“ gab es 2010 bereits in Braunschweig. Dieser Antrag soll die Aktion erneut ins Leben rufen. Viele andere Städte nehmen daran teil und werden von der Zivilgesellschaft erfolgreich unterstützt. [1,2,3]

In Braunschweig könnten dadurch auch weitere Partner für das Braunschweiger Antidiskriminierungsnetzwerk gewonnen werden.

Quellen:

[1] <https://www.steinfurt.de/Seiten/Aktion-Noteingang.html>

[2] <https://celleheute.de/aktion-noteingang-will-zivilcourage-foerdern>

[3] <https://www.gewaltpraevention-muenster.de/aktion-noteingang.html>

Anlagen:

keine

Betreff:

Änderungsantrag zu 20-14682: Sensibilität, Zivilcourage und Solidarität: "Aktion Noteingang"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2021

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	21.01.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	02.02.2021	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	09.02.2021	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Ursprungsbeschlussvorschlag aus 20-14682 wird geändert in:

Die Antidiskriminierungsstelle wird beauftragt die "Aktion Noteingang" inkl. aller notwendigen Maßnahmen wieder in Braunschweig zu starten und zu einer dauerhaften Zivilcourage-Aktion auszubauen.

Dafür setzt sich die Antidiskriminierungsstelle mit potentiellen Kooperationspartnern aus Zivilgesellschaft und städtischen Gesellschaften in Verbindung, um das Projekt möglichst breit anzulegen. Auch wird sie nach Aufnahme ihrer Tätigkeit regelmäßig über die Fortschritte und Aktivitäten zur Aktion im Ausschuss für Soziales und Gesundheit berichten.

Außerdem bitten wir die Verwaltung unterstützend Maßnahmen zu ergreifen, um die Aktion in der Stadtgesellschaft bekannt zu machen.

Die Verwaltung prüft, ob die „Aktion Noteingang“ mit Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gefördert werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, bitten wir, die zur Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel im Haushalt der Stadt bereit zu stellen.

Die Noteingänge werden im digitalen Stadtplan aufgeführt.

Sachverhalt:

wie im Ursprungsantrag, zuzüglich:

Die Planungen zur Antidiskriminierungsstelle gehen zügig voran und im Frühsommer sollen bereits die Workshops im Rahmen des Netzwerkauftrages ihre Arbeit aufnehmen, um präventive Ideen und Konzepte für Braunschweig zu entwickeln, siehe Mitteilung 20-15001. Daher ist es folgerichtig die zukünftige Antidiskriminierungsstelle als Experten mit der Ausgestaltung und Umsetzung der "Aktion Noteingang" zu beauftragen. Auch würde sich die "Aktion Noteingang" z. B. als Auftakt-Aktion der neuen Antidiskriminierungsstelle sehr eignen.

Wir bitten, diesem Antrag auf mehr Zivilcourage in Braunschweig zuzustimmen.

Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf:

<https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1018716>

Anlagen:

keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

TOP 7.1
21-15451
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Finanzielle Hilfe für Prostituierte

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.02.2021

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Beantwortung)

11.03.2021

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Rahmen der Corona-Pandemie haben wir im AfSG bereits an verschiedenen Stellen über die aktuelle Situationen von Frauen gesprochen, die in Braunschweig der Prostitution nachgehen.

Nach wie vor leben Frauen in Braunschweig, die ohne die Prostitution kein Geld zum Leben haben. Augenzeug*innen haben uns berichtet, wie die Frauen immer wieder zur Prostitution gedrängt werden. Die Frauen stehen vor dem Dilemma, dass sie Geld brauchen, sich jedoch auch schützen möchten.

Da die Frauen nicht alle aus anderen EU-Ländern stammen, bzw. die meisten keine Papiere haben, fallen sie durch verschiedene Hilfesysteme.

Dennoch brauchen die Frauen eine finanzielle Unabhängigkeit, um im Rahmen der jeweils geltenden Corona-Verordnung handeln und sich schützen zu können.

Wir bitten daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten haben Prostituierte aus anderen Ländern und ohne Papiere, um finanzielle Hilfen zu beantragen?

2. Welche Ansätze verfolgt die Verwaltung aktuell, um die Frauen in dieser Notsituation, in der sie sich oftmals eben nicht selber helfen können, zu unterstützen?

3. Welche bisher nicht ausgeschöpften Potenziale sieht die Verwaltung, um den Prostituierten zu helfen?

Anlagen: keine

Betreff:

SARS-CoV-2: Abwassermonitoring?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.02.2021

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Beantwortung)

11.03.2021

Status

Ö

Sachverhalt:

Es gibt verschiedene Möglichkeiten SARS-CoV-2-Erreger nachzuweisen. Mittlerweile sind auch Virusbestandteile im Abwasser nachweisbar. [1]

Sofern dies überprüft würde, hätte man – gegenüber den bisherigen persönlichen Tests, die oftmals erst bei Symptomen durchgeführt werden, einen Zeitvorsprung von mehreren Tagen, um festzustellen, ob die Kurve der Infektionen ansteigt oder fällt. Auch die Virenlast der asymptomatischen Verläufe landen im Abwasser und würden mit erfasst werden – persönliche Tests finden in solchen Fällen eher nicht statt – und können somit dem Infektionsstand auch nicht zugerechnet werden. [2]

Daher fragen wir an:

1. Wird das Abwasser in Braunschweig auf Virenbestandteile von SARS-CoV-2 Erregern (auch Mutationen) getestet und überwacht?
2. Wenn ja: Wer führt die Tests und das Monitoring durch?
3. Wenn nein: Warum wird diese Möglichkeit des Frühwarnhinweises (Anstieg oder Rückgang der Viren bzw. Bestandteile) nicht genutzt, um nicht nur „auf Sicht zu fahren“?

Quellen:

[1] <https://www.aerzteblatt.de/archiv/215433/SARS-CoV-2-Coronaviren-im-Abwasser-als-moegliches-Fruehwarnsystem>

[2] <https://www.ardmediathek.de/br/video/nano/impfstoffherstellung-oder-mutationen-oder-corona-im-abwasser/ard-alpha/Y3JpZDovL2JyLmRIL3ZpZGVvL2MxOGYzZjhhLWYwZGYtNDZMy1iNzlxLTAYzRkY2VmMDRjZQ/ Minute 21:58 bis 28:30>

Anlagen: keine